

Wege aus der Krise

AG Eurokrise, Dezember 2011

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Teil 1:

Finanzkrise, Bankenkrise,

Schuldenkrise, Eurokrise ...

Die Krise mutiert zur Dauerschleife.

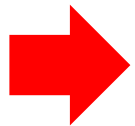
Wieso ist das so?

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG



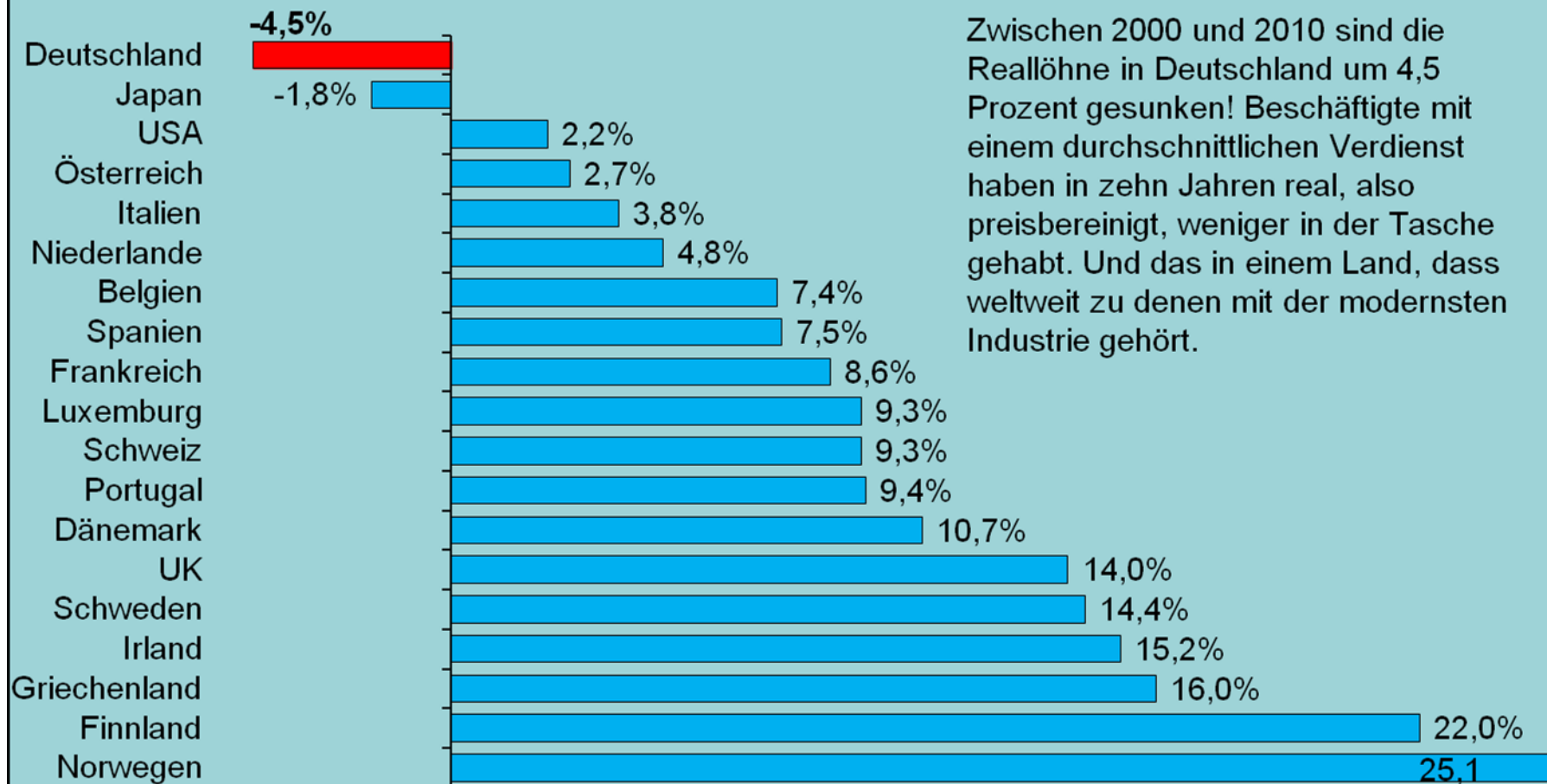
Konstruktionsfehler der Eurozone

- gemeinsamer Binnenmarkt
- gemeinsame Währung
- aber **keine** gemeinsame Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik



Staaten konkurrieren sich in die Pleite

Bestes Beispiel: Deutschland ist Weltmeister beim Lohndumping!



Zwischen 2000 und 2010 sind die Reallöhne in Deutschland um 4,5 Prozent gesunken! Beschäftigte mit einem durchschnittlichen Verdienst haben in zehn Jahren real, also preisbereinigt, weniger in der Tasche gehabt. Und das in einem Land, das weltweit zu denen mit der modernsten Industrie gehört.

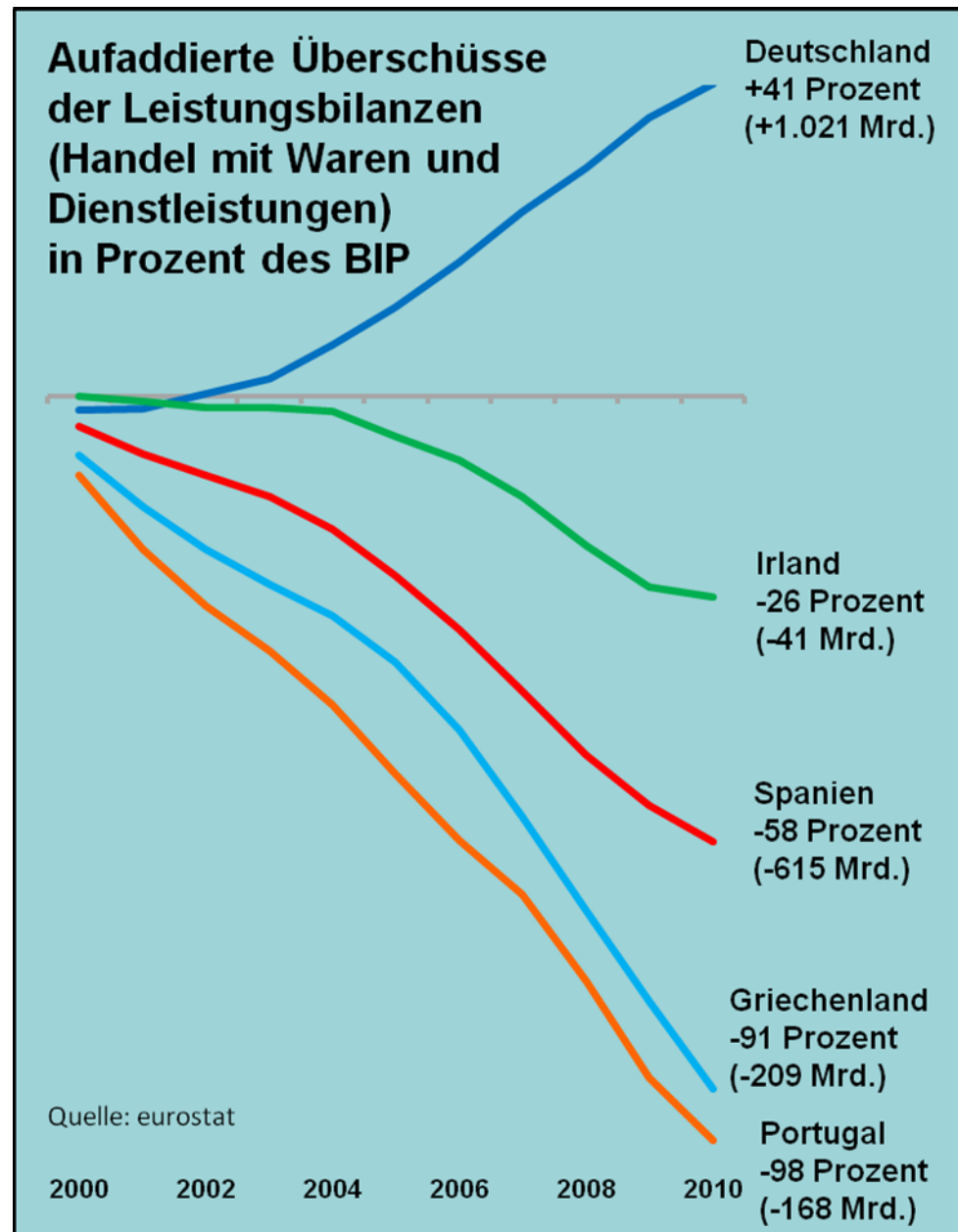
Quelle: Global Wage Report, Internationale Arbeitsorganisation Genf, Griechenland und Portugal Ameco-Datenbank

Lohndumping produziert hohe Ungleich- gewichte

- Deutschland baut immer mehr Forderungen gegenüber dem Ausland auf.
- Andere Staaten bauen immer mehr Schulden gegenüber Deutschland auf.

➔ Am Ende knallt es:

Die dauerhaften Ungleichgewichte drohen die Eurozone zu zerreißen!



Teil 2: Falsche Rettungspolitik

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Falsche Rettungspolitik

- Die herrschende Politik behauptet: Die Krise ist das Ergebnis laxer Haushaltspolitik und zu hoher Staatsausgaben
- ➔ **Darum werden die „Krisenstaaten“ zu drastischen Kürzungsprogrammen gezwungen**
- Die Kredite aus dem „Euro-Rettungsschirm“ (v.a. der EFSF) sind an neoliberale Reformen und brutale Sparauflagen gekoppelt
Diese Maßnahmen sind
- unsozial,
- treiben die Wirtschaft in die Rezession und verschärfen die Schuldenkrise,
- und hebeln die Demokratie aus (z.B. durch Eingriffe in Haushaltsrecht)
- ➔ **Die Rettungspolitik von EU, Eurozone, EZB und IWF verschärft die Krise!**

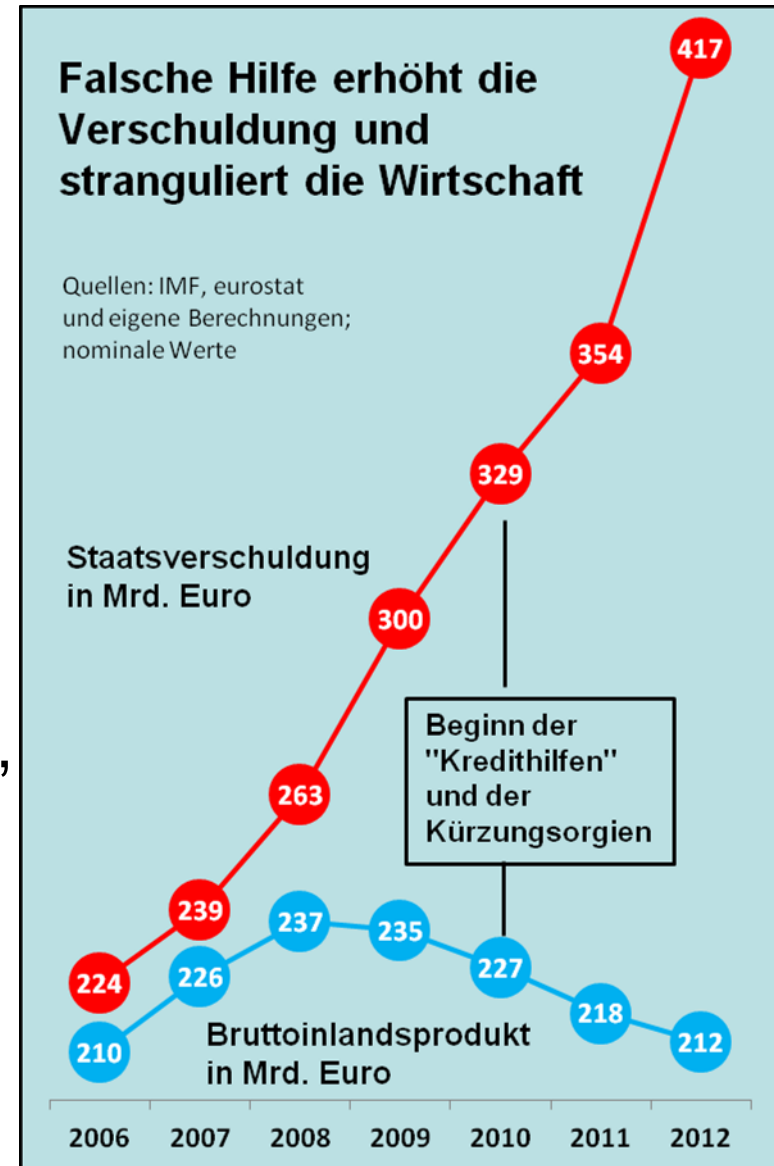
Kürzungspolitik am Beispiel Griechenlands:

- Löhne im öffentlichen Sektor um 15 % und in der Privatwirtschaft um 8 % reduziert
- Rentenkürzung um 20 %
- Kürzung der Sozialausgaben 2010 um 1,5 % des BIP (entspräche für Deutschland 37 Mrd. €)
- Streichung von 174.000 Stellen im Öffentlichen Dienst bis Ende 2011 (entspräche für Deutschland 1,2 Millionen!)
- Starke Anhebung der Verbrauchs- und Mehrwertsteuersätze
- Verschleuderung öffentlichen Eigentums durch Privatisierungsaufgaben

 Die griechische Wirtschaft wird so in die Rezession getrieben


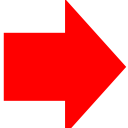
Griechische Tragödie:

- „Kredithilfen“ gab es nur, wenn gigantische Ausgabenkürzungen umgesetzt wurden. Das Land geriet in eine Rezession.
- ➔ Ausgaben steigen wegen zunehmender Arbeitslosigkeit, Steuereinnahmen sinken wegen der Rezession.
- ➔ Schulden steigen trotz sogenannter Hilfskredite.



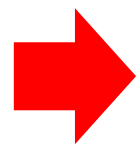
Gerettet wurden bisher Banken und private Gläubiger

Beispiel Griechenland:

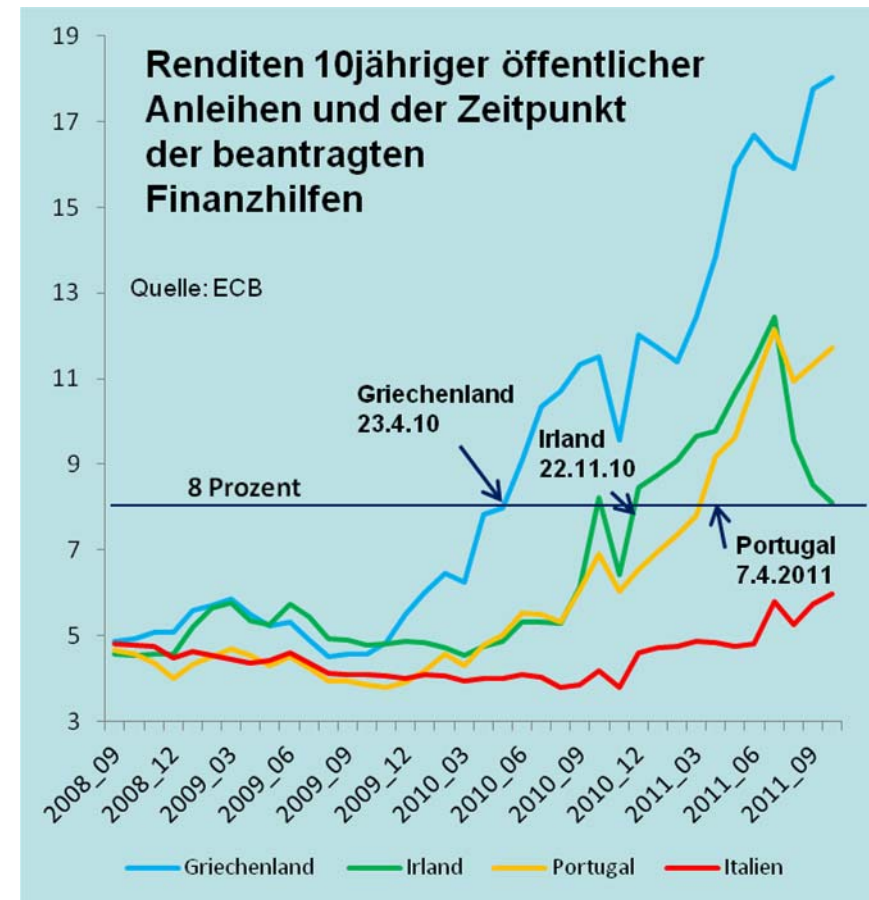
- Bisher hat Griechenland 53 Milliarden Euro aus dem „Hilfsprogramm“ ausgezahlt bekommen.
 - Allein die Banken haben im gleichen Zeitraum Forderungen von 40 Milliarden Euro abgebaut. Deutsche Bank und Commerzbank verringerten ihre Kredite im ersten Dreivierteljahr 2011 um 1,5 Mrd. Euro.
-  Obwohl Griechenland Pleite war, bekamen die Banken ihre Kredite durch die „Hilfskredite“ zurück
-  Das ist fatal, denn die Krise ist durch die herrschende Politik nicht einzudämmen!

Finanzmärkte treiben immer mehr Länder unter den Rettungsschirm

- Ratingagenturen und Finanzmärkte treiben die Zinsen für immer mehr Staaten in die Höhe
- Im November stiegen die Zinsen für Italien zeitweise auf kritische 7,5 Prozent



Das zeigt ...



Die beschlossenen Maßnahmen werden die Krise nicht beenden

- Die bisherige Rettungspolitik führt zu mehr Schulden und weniger Wachstum.
- Deshalb haben alle sogenannten Hilfspakete nichts bewirkt – egal in welche astronomische Höhe sie innerhalb von anderthalb Jahren gestiegen sind.



Weil diese Politik falsch ist und eine alternative Krisenbekämpfung möglich ist, hat DIE LINKE im Bundestag gegen die „Rettungspakete“ gestimmt.

Teil 3:
Ein Ende der Dauerkrise ist möglich
– das Konzept von DIE LINKE

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

DIE LINKE fordert:

1. Ein sofortiges Ende der diktierten Sparprogramme
 - Schluss damit, dass über die Politik in den Krisenländern nicht mehr die dortigen gewählten Parlamente entscheiden, sondern die Regierungschefs anderer Länder und demokratisch nicht legitimierte Institutionen (wie die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds).
 - Ein sofortiges Ende der Renten-, Lohn- und Sozialkürzungen sowie der Privatisierungen.
 - Statt kaputtsparen:
Sinnvolle Investitionen in die Zukunft

DIE LINKE fordert:

1. Sofortiges Ende der diktierten Sparprogramme und undemokratischer Einflussnahme
2. Finanzierung der öffentlichen Haushalte von den Finanzmärkten abkoppeln
 - Die Staaten erhalten die Möglichkeit, sich über eine europäische Bank für öffentliche Anleihen Geld zu niedrigen Zinsen bei der Zentralbank zu besorgen, anstatt es sich zu hohen Zinsen bei Banken oder anderen Investoren leihen zu müssen.
 - Gemeinsame Anleihen der Eurostaaten sind eine praktische Möglichkeit, die Zinsbelastungen für die in die Krise getriebenen Mitgliedstaaten so zu gestalten, dass diese von denen auch beglichen und Schulden abgebaut werden können.
 - Dadurch werden die Staatsfinanzen aus der Geiselhaft der Finanzmärkte befreit.

DIE LINKE fordert:

1. Sofortiges Ende der diktierten Sparprogramme und undemokratischer Einflussnahme
 2. Finanzierung der öffentlichen Haushalte von den Finanzmärkten abkoppeln
 3. **Schuldenschnitt und Vermögensabgabe**
- Die Staatsschulden werden durch einen Schuldenschnitt für überschuldete Staaten und eine europaweite Vermögensabgabe für Millionäre auf ein tragfähiges Niveau gebracht.

DIE LINKE fordert:

1. Sofortiges Ende der diktierten Sparprogramme und undemokratischer Einflussnahme
2. Finanzierung der öffentlichen Haushalte von den Finanzmärkten abkoppeln
3. Schuldenschnitt und Vermögensabgabe
4. **Der Bankensektor ist zu vergesellschaften und streng zu regulieren.**
 - **Banken müssen gezwungen werden, sich auf ihre dienende Funktion für die Realwirtschaft zu beschränken.**
 - **Das Geschäftsmodell sollte sich an den Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken orientieren.**

DIE LINKE fordert:

1. Sofortiges Ende der diktierten Sparprogramme und undemokratischer Einflussnahme
2. Finanzierung der öffentlichen Haushalte von den Finanzmärkten abkoppeln
3. Schuldenschnitt und Vermögensabgabe
4. Bankensektor öffentlich-rechtlich gestalten und streng regulieren
- 5. Beseitigung der Außenhandelsungleichgewichte**
 - Überschussländer müssen zur Steigerung ihrer Binnennachfrage verpflichtet werden, damit Defizitländer mehr exportieren können.
 - Für Deutschland bedeutet das: sofortiger Mindestlohn von 10 Euro, Hartz IV überwinden und ein Zukunftsinvestitionsprogramm finanziert durch Millionärssteuer, höhere Körperschaftssteuer etc.
 - Defizitländer durch einen Marshallplan fördern

DIE LINKE fordert:

1. Sofortiges Ende der diktierten Sparprogramme und undemokratischer Einflussnahme
2. Finanzierung der öffentlichen Haushalte von den Finanzmärkten abkoppeln
3. Schuldenschnitt und Vermögensabgabe
4. Bankensektor vergesellschaften und streng regulieren
5. Beseitigung der Außenhandelsungleichgewichte
- 6. Profiteure zur Kasse**
 - Finanztransaktionssteuer
 - Bankenabgabe

VIELEN DANK!

